

Beschluss Solidarität mit den mutigen iranischen Frauen und ihrem Kampf für Freiheit

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 15.10.2022
Tagesordnungspunkt: FS Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende

Antragstext

- 1 Bündnis 90/Die Grünen stehen ungebrochen solidarisch an der Seite der Menschen,
2 die im Iran
3 leben. Menschen- und insbesondere Frauenrechte müssen gewahrt und geachtet
4 werden. Wir
5 solidarisieren uns mit dem inspirierenden Mut allen voran iranischer Frauen, die trotz
6 aller
7 Repressionen für ihre Freiheit und für ihre Rechte im Iran auf die Straße gehen.
- 8 Bündnis 90/Die Grünen mit ihren Wurzeln in der Bürger*innen-Bewegung stehen
9 national wie
10 international Feministinnen, der Klima- und Bürgerrechtsbewegung, den LGBTQI-
11 Aktivist*innen
12 und der Eine-Welt-Bewegung und ihrem Kampf für Freiheit, Gleichheit, Menschen- und
13 Bürger*innenrechte bei. Menschenrechte und Frauenrechte gehören weder „dem
14 Westen“ noch „dem
15 Osten“, sie sind universell und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte
16 verbrieft.
- 17 Wir verurteilen die Repression und brutale Gewalt durch das Regime entschieden. Die
18 Bestrebungen nach politischer und religiöser Freiheit, Selbstbestimmung und
19 Demokratie im
20 Iran unterstützen wir ausdrücklich. Im Iran werden Menschen-, Bürger*innen- und
21 Frauenrechte
22 systematisch missachtet und verletzt.
- 23 Angehörige ethnischer und religiöser Minderheiten wie etwa Kurd*innen,
24 Balutsch*innen,
25 Baha'is, oder Sufis sind im Iran oft vielfachen Diskriminierungen und Verfolgungen
26 ausgesetzt. Aufgrund diskriminierender Gesetze sind Homosexuelle und andere
27 sexuelle
28 Minderheiten (LGBTQI) im Iran regelmäßig der Gefahr von Belästigung, Gewalt und
29 sogar dem
30 Tod ausgesetzt.
- 31 Jedes Jahr werden Millionen von Frauen im Iran staatlich organisiert angehalten,
32 schikaniert
33 und sanktioniert, weil sie das Kopftuch „nicht korrekt“ tragen. Langjährige
34 Gefängnisstrafen
35 und Misshandlungen während der Haft sind an der Tagesordnung. Seit der
36 Amtsübernahme des
37 iranischen Präsidenten Ebrahim Raisi ist die Verfolgung von Frauen durch die

sogenannte
23 Moralpolizei weiter verschärft worden.

24 Friedliche Proteste werden unterdrückt und niedergeschlagen. Unzählige Fälle von
25 Verschwindenlassen sind dokumentiert, diese Dokumentation wird vom Staat
allerdings schlicht
26 ignoriert. Journalist*innen, Regierungskritiker*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen
und
27 zivilgesellschaftliche Aktivist*innen werden willkürlich festgenommen und oft ohne
faire
28 Gerichtsverfahren verurteilt. Häufig erleiden politische Gefangene in der Haft Folter
und
29 Misshandlungen und ihnen werden notwendige medizinische Behandlungen
vorenthalten.

30 Seit den Protesten von 2019 haben die Justizbehörden des Regimes den Preis für
friedlichen
31 Dissens dramatisch erhöht und Dutzende von Menschenrechtsverteidiger*innen und -
32 aktivist*innen zu jahrzehntelangen Haftstrafen verurteilt. Schwerwiegende
Missbräuche durch
33 die Sicherheits- und Geheimdienstbehörden bei den landesweiten Protesten von
November 2019
34 werden bis heute vertuscht, genauso wie die zahlreichen Todesopfer der Proteste. Laut
eines
35 umfangreichen Berichts von Amnesty International sind insgesamt rund 7000 Männer,
Frauen und
36 auch Kinder innerhalb weniger Tage festgenommen, gefoltert und misshandelt worden.
Dadurch
37 seien zweifelhafte „Geständnisse“ über Teilnahmen an Demonstrationen,
Mitgliedschaft in
38 Oppositionsgruppen sowie Kontakte zu ausländischen Regierungen und Medien
erzwungen worden.
39 Darüber hinaus wurden einige junge Männer auf Grundlage des Vorwurfs, sich
während der
40 Proteste an gewalttätigen Ausschreitungen beteiligt zu haben, zum Tode verurteilt und
41 hingerichtet.

42 Wir fordern die Regierung Irans auf, die Diskriminierung und Verfolgung von
43 Menschenrechtsverteidiger*innen, religiösen und ethnischen Minderheiten, Frauen,
LGBTQI,
44 Journalist*innen, Umweltaktivist*innen, anders Denkenden und Oppositionellen
einzustellen.

45 Wir begrüßen, dass die Bundesregierung auf Rechtsstaatlichkeit sowie auf die
Einhaltung der
46 Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts dringt. Die Initiative der
Bundesregierung,
47 bei der EU die Verantwortlichen für die Gewalt der iranischen Sicherheitskräfte in das
EU-
48 Sanktionsregime aufzunehmen, sowie die schnelle Aktualisierung des Lageberichtes
Iran des
49 Auswärtigen Amtes als Grundlage für die Entscheidungspraxis des BAMF im

Asylverfahren zu
50 nehmen, ist folgerichtig.

51 Angesichts der aktuellen Lage im Iran halten wir die Aussetzung von Abschiebungen in
den
52 Iran für dringend geboten.

53 Aufgrund einer falschen Einschätzung der Sicherheitslage durch die Große Koalition in
54 Afghanistan und dem Iran wurden Personen abgeschoben, die sich nichts zu Schulden
kommen
55 ließen und zum Beispiel direkt von ihren Ausbildungsplätzen abgeschoben wurden. Sie
sehen
56 sich nun mit der katastrophalen Lage in diesen Ländern konfrontiert. Wir wollen, dass
die
57 dreijährige Einreisesperre für diesen Personenkreis aufgehoben wird.

58 Geschlechtsspezifische Verfolgung, etwa durch diskriminierende Kleidungs Vorschriften,
bei
59 deren Missachtung den Betroffenen martialische Strafen drohen, sollen konsequent,
60 vollumfänglich und grundsätzlich im Asylverfahren anerkannt werden.

61 Bündnis 90/Die Grünen setzen sich auf Bundes- und Landesebene dafür ein, dass die
nach
62 Deutschland geflohenen Iraner*innen, die bisher nur eine Duldung haben, ein
Bleiberecht oder
63 mindestens einen subsidiären Schutzstatus im Folgeasylverfahren erhalten. Zudem
wollen wir,
64 dass häufiger und schneller humanitäre Visa für akut bedrohte
65 Menschenrechtsverteidiger*innen erteilt werden.

66 Auch in Deutschland versucht das Regime, seine Kritiker*innen zum Schweigen zu
bringen.
67 Durch Ausspähung, Einschüchterung, Überwachung, Hacks und wie im Falle des
Terroranschlags
68 im Berliner Restaurant „Mykonos“ sogar bis zur Ermordung von Oppositionellen. Wir
stehen den
69 Opfern dieser Aktivitäten zur Seite und werden unseren Beitrag leisten, um diesem
Treiben
70 ein Ende zu setzen.

71 Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die Bundesregierung im Rahmen der EU
und
72 gemeinsam mit internationalen Partner*innen zusammenarbeitet, um der iranischen
Bevölkerung
73 zu helfen, Informationen frei und sicher im Internet und anderen Medien zu
produzieren,
74 zugänglich zu machen und auszutauschen. Menschenrechtsverletzungen durch hohe
Beamte des
75 iranischen Regimes müssen unabhängig untersucht, die Verantwortlichen zur
Rechenschaft
76 gezogen werden. Wir setzen uns innerhalb der Bundesregierung und auf europäischer
Ebene für
77 eine Ausweitung von personenbezogenen EU-Sanktionen, also von Einreisesperren und
das

78 Einfrieren von Vermögenswerten, ein. Wir prüfen gemeinsam mit unseren
internationalen
79 Partnern die Einstufung der für die Gewalt im Iran hauptsächlich verantwortlichen
Gruppen
80 der Revolutionsgarden (IRGC) und der Milizen der Basidsch als Terrororganisationen.
Diese
81 finanzieren und unterstützen aktiv Terrorgruppen in der Region und bringen dadurch
Leid über
82 die Menschen, nicht nur im Iran, sondern auch in Libanon, Syrien, Jemen und Irak. Wir
werden
83 unseren Beitrag leisten, ihnen dabei das Handwerk zu legen.

84 Zudem verlangen wir faire rechtsstaatliche Verfahren für alle Inhaftierten im Iran und
die
85 sofortige und bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen,
86 Menschenrechtsverteidiger*innen und LGTIQ-Aktivist*innen. Auch die Abschaffung
inhumaner
87 Strafen wie Peitschenhiebe, die Einhaltung der Mindestgrundsätze der VN für die
Behandlung
88 der Gefangenen (Nelson-Mandela-Regeln) und die vollständige Umsetzung der
89 Generalversammlungsresolution zur Menschenrechtssituation im Iran von 2021 sind
überfällig.
90 Dazu gehört auch die notwendige Änderung des Art. 48 der iranischen
Strafprozessordnung
91 dahingehend, dass allen Angeklagten endlich das Recht gewährt wird, durch eine
92 Verteidiger*in ihrer Wahl vertreten zu werden und Zugang zu einem fairen Verfahren
im
93 Einklang mit dem VN-Zivilpakt zu erhalten.

94 Die Todesstrafe muss abgeschafft werden. Erst recht, wenn gegen die seitens des Iran
95 ratifizierte VN-Kinderrechtskonvention Minderjährige hingerichtet werden. Auch diesen
96 schulden wir unsere Solidarität und unsere Aufmerksamkeit.

97 Die Menschen im Iran gehen für ein Leben in Gleichberechtigung, Demokratie und
Freiheit und
98 gegen die systematische Unterdrückung durch das Regime auf die Strasse. In diesem
Kampf
99 werden wir ihnen mit aller Kraft beistehen.